

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. Juni 1955

326/J

A n f r a g e

der Abg. M a c h u n z e , N e u d o r f e r und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,
betreffend die Durchführung des im November 1952 zwischen der Republik
Österreich und der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Regierungs-
abkommens (Bonner Abkommen).

-.-.-.-

Im November 1952 wurde zwischen der Republik Österreich und der Bundes-
republik Deutschland ein "Abkommen über die Versorgung bestimmter Personen-
gruppen des öffentlichen Dienstes" vereinbart, das am 1. Jänner 1953 in Kraft
getreten ist. Dieses Abkommen besagt im § 8 Abs. 1: "Für die Versorgung finden
die in Österreich jeweils geltenden dienst- und pensionsrechtlichen Vorschrif-
ten für öffentlich-rechtliche Beamte des Bundes sinngemäss Anwendung."

In den Auslegungsvorschriften zu § 8 ist ausdrücklich erwähnt, dass alle
sich aus den österreichischen Gesetzen und Verordnungen ergebenden Leistungen
auch den unter das erwähnte Abkommen fallenden Personen zu gewähren sind. In
dem Abkommen wird mehrmals auf die Dienstpraxis und die Besoldungsordnung
verwiesen. Dadurch haben die beiden Vertragspartner eindeutig ihre Absicht
bekundet, eine Gleichstellung der heimatvertriebenen Pensionisten mit den
österreichischen Pensionisten herbeiführen zu wollen.

Im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen wird dieses Abkommen aber
nur insoweit anerkannt, als dem betroffenen Personenkreis wohl die gleichen
finanziellen Bezüge gewährt werden wie den übrigen Pensionisten der Ö.B.B.,
nicht aber die den letzteren zustehenden Vergünstigungen, wie Regiekarte
und Deputatkohle.

Da diese Auslegung des Abkommens durch die Ö.B.B. mit den Absichten der
beiden Vertragspartner nicht übereinstimmt, richten die gefertigten Abgeord-
neten an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe
nachstehende

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundesminister bereit, die ihm unterstellten Dienststellen
anzuweisen, den unter das Bonner Abkommen fallenden Personen die gleichen
Rechte und Vergünstigungen einzuräumen wie den übrigen Pensionsparteien
der Ö.B.B.?

-.-.-.-